



Die extreme Rechte und die ökologische Frage

Entgegen der weit verbreiteten Vorstellung, die extreme Rechte stehe auf der Seite der Klimawandelleugner*innen, begreift sich eine nicht zu unterschätzende Zahl an rechtsextremen Gruppen und Einzelpersonen als Teil einer völkischen Umweltbewegung und blickt dabei auf eine lange Geschichte konservativer bis faschistischer Strömungen zurück, die der Naturschutzbewegung historisch ihren Stempel aufdrückten. Die Gefahr dieser Positionen besteht vor allem darin, dass sie bei Menschen, die sich selbst keinesfalls als rechts begreifen würden, ideologische Anknüpfungspunkte finden. Eine Abhandlung der zentralen Argumentationsmuster der extremen Rechten in Bezug auf Ökologie, Umwelt und Klimaschutz.

Der Leitspruch vom Leben im Einklang mit der Natur, der bei großen Teilen der Umwelt- und Klimabewegung auf Zuspruch stößt, kann sehr leicht auch als Leitlinie antiemanzipatorischer Politik dienen. Denn der Biologismus gehört zum Standardinventar konservativer und faschistischer Ideologien.

Leben im Einklang mit der Natur – Biologismus

Die Naturalisierung sozialer Verhältnisse sollte immer schon die „unüberwindbare“ Ungleichheit der Menschen legitimieren: die Notwendigkeit von Hierarchie und Elite, die Schädlichkeit gesellschaft-

licher Emanzipation und die damit zusammenhängende Unmöglichkeit gesellschaftlicher Veränderung, die Unterordnung des Einzelnen unter Zwangskollektive, die Trennung in wertee und unwertee Leben sowie die Kontinuität von Unterdrückung und Ausbeutung. Auch die Naturalisierung von (binären) Geschlechterverhältnissen dient hier der Absicherung patriarchaler Herrschaftsbeziehungen. Menschen werden dabei weniger als soziale Wesen gedacht, die zur Gestaltung ihrer Umwelt fähig sind; vielmehr folgt in dieser Vorstellung jegliche Entwicklung starren und unveränderbaren Naturgesetzen, denen man sich unterzuordnen habe.

Gegen Umweltzerstörung, Entfremdung und Werteverfall

Neben der Ableitung des Sozialen aus dem Reich der Natur treibt die extreme Rechte vor allem ein Wertefundamentalismus an, den sie der „dekadenten“ modernen Lebensweise entgegenzusetzen will. Die Einschätzung, dass Umweltverschmutzung und Klimawandel vor allem Ausdruck einer verfehlten Geisteshaltung und eines zunehmenden Werteverfalls seien, ist innerhalb dieser Ökologiebewegung weit verbreitet und schließt direkt an eine rechte und konservative Kulturkritik an. Nicht die Umweltverschmutzung oder die dem Klimawandel

zugrunde liegenden ökonomischen und politischen Strukturen stehen im Mittelpunkt der Analyse, sondern ein fehlendes „Umweltbewusstsein“, die Hinwendung zum „Materialismus“ und die damit zusammenhängende Abwendung von „Volk“ und „Heimat“. Die Ursachen des Klimawandels und der Umweltzerstörung werden hier individualisiert und als Produkt eines egoistischen, materialistischen Anspruchsdenkens dargestellt. Die Lösung erscheint in einer neuen, auf materiellen Verzicht und Entsagung gegründeten Moral, die man dem „Werteverfall“ entgegensetzt.

Migration als ökologisches Problem – Rassismus klimafreundlich verpackt

Wenn die Entfremdung von „Volk“, „Heimat“ und „wesensgemäßen Werten“ eine wesentliche Ursache für die lokale wie globale ökologische Zerstörung sein soll, so ist es nur ein kleiner Schritt bis zu der Auffassung, Migrant*innen würden zu den vorrangigen Umweltbelastungen zählen. Grenzschutz und „Remigration“ erscheinen so als ökologische Entlastung. Nicht nur weil „Völker“ als biologische Systeme höherer Ordnung an sich zu gelten haben – in der aktuellen Debatte werden vielmehr auch zeitgemäße Argumente ins Feld geführt. So plädiert Martin Sellner von den neofaschistischen „Identitären“ in einem Video auf YouTube dafür, dass Migrant*innen und Flüchtende in ihren Ländern oder zumindest in der Nähe ihres „angestammten Kulturraums“ bleiben sollen. In Europa würden sie durch ihre veränderte, nun westliche Lebensweise, durch ihr Konsumverhalten und ihren Energieverbrauch zur ökologischen Zerstörung des Klimas beitragen. Migrant*innen werden hier zu den eigentlichen Umweltsünder*innen erklärt, die ein Mehr an Ressourcenverbrauch zu verantworten hätten.

In der Klima-Sonderausgabe der rechtsextremen Postille *Info-Direkt* widmet sich Eberhard Hubner dem Thema Verkehrspolitik und proklamiert als Lösung: „Ökobewusst und nachhaltig durch Mobilitätsverzicht.“

Dass er damit nicht etwa den Verzicht auf Flugreisen oder private PKW meint, stellt er abschließend klar, wenn er im Dreiklang darauf verweist, was es brauche, um „die Verschiebung ganzer Bevölkerungsgruppen über den Erdball zu stoppen“, nämlich „Eigen- statt Fremdarbeit. Sesshaftigkeit statt Migration. Regionalität statt Weltbürgertum.“ Der Konflikt in der Umwelt- und Klimafrage sei vordergründig einer zwischen „Globalist*innen“ und „Regionalist*innen“. Die einen stünden für Zersetzung und Zerstörung, die anderen für das Konkrete und zu Bewahrende. In dieser Gegenüberstellung werden antisemitische Stereotype bedient.

Ökologisierte Bevölkerungspolitik

Begrifflichkeiten wie Bevölkerungsexplosion und das Thema der „Überbevölkerung“ gehören zu einer breiten Debatte, die schon seit Jahrzehnten geführt wird. Der Tenor lautet hier wie dort: Je mehr Menschen auf diesem Planeten leben, desto höher ist der Ressourcenverbrauch, desto mehr Schadstoffe werden ausgestoßen und desto gewaltiger und schneller droht der ökologische Kollaps. Aus dieser eindimensionalen Analyse ergibt sich schnell die scheinbar folgerichtige Forderung, die Geburtenraten – vor allem in den „Entwicklungsländern“ – durch bevölkerungspolitische Maßnahmen zu verringern. Der Mensch wird auf diese Weise zum reduzierungswürdigen ökologischen Problemfaktor, zur umweltpolitischen Schadenskategorie erklärt.

Wenn etwa in Trikontländern Hunger herrscht, weil auf einem Großteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche statt Grundnahrungsmitteln für die lokale Bevölkerung sogenannte Cash Crops für den Export angebaut werden, gelten diese Länder schon als überbevölkert, weil sie sich angeblich nicht selbst ernähren können. Doch: Wer genau gehört zur überschüssigen Bevölkerung und wer nicht? Ein Blick in die Geschichte und Gegenwart der Bevölkerungspolitik zeigt, dass deren

Zielobjekte immer nur die „Anderen“ waren, die Ärmsten und Schwächsten in den industrialisierten Ländern ebenso wie die Menschen im Trikont. Bevölkerungspolitik war und ist nie ein Instrument zum Wohle der Menschheit, sondern stets nur Mittel zur Absicherung von Herrschaft und Unterdrückung gewesen. Ihre Geschichte erstreckt sich von der repressiven Sozialpolitik des britischen Geistlichen Thomas Robert Malthus über die Eugenik und „Rassenhygiene“ der NS-Bevölkerungspolitik bis zu patriarchalen Repressions- und Selektionsmaßnahmen wie Hormonpräparate oder Pränataldiagnostik.

Ökodiktatur und die Lust am Untergang

Eine weitere sehr häufig anzutreffende rechtsökologische Argumentation in der Umwelt- und Klimabewegung ist die von der Notwendigkeit eines starken Staates zur Durchsetzung konsequenter ökologischer Politik. Diese Forderung nach Einschränkungen von Grund- und Menschenrechten, die ihren reaktionären Charakter kaum noch verbergen kann, bedarf als Legitimationsgrundlage der apokalyptischen Furcht vor dem Zusammenbruch der globalen Ökosysteme. Zur Sicherung des Überlebens der Menschheit müssten deshalb die in einer Demokratie überrepräsentierten und als egoistisch gegeißelten Einzel- und Gruppeninteressen hinter das ökologische „Gemeinwohl“ zurücktreten. Gerade in der aktuellen Klimabewegung mangelt es nicht an Vorschlägen, dass endlich „Experten“ regieren sollten, da die Dringlichkeit der Lage keine demokratischen Abwägungen und Vermittlungen mehr zulasse. Wenn es aber nur mehr um die Frage des Überlebens geht, treten Fragen nach der sinnvollen und menschenwürdigen Einrichtung der Gesellschaft in den Hintergrund. Einer Klimarechtigkeitsbewegung sollte es aber gerade darauf ankommen. —

Alexander Winkler ist Mitglied der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU) und Mitherausgeber des Sammelbandes „Untergangster des Abendlandes: Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘“.